

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pabn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Kanzlerkandidat der SPD, widerspricht Kohls Beschreibung der Friedensbewegung. Seite 1

Peter Corterier MdB erinnert an den Gründungstag der Gewerkschaft "Solidarität". Seite 3

Peter Manning MdB interpretiert die Referendumsabstimmung in der Türkei. Seite 4

Egon Lutz MdB kritisiert den Sozialhaushalt der Regierung Kohl. Seite 5

Jürgen Egert MdB: Die Sozialausschüsse sollen nun im Gleichschritt marschieren. Seite 7

37. Jahrgang / 214

10. November 1982

Den Konsens nicht verspielen

Kohl sollte sicherheitspolitisch Klarheit schaffen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wenn Bundeskanzler Kohl am Sonntag zu wichtigen Gesprächen in die USA reist, so kann er das im festen Wissen um eine verlässliche Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland tun. Diese Partnerschaft ist in Jahrzehnten gewachsen, Herrn Kohls Vorgänger im Amt hat wesentlichen Anteil daran, daß sie gedieh: Die Festigkeit, Beständigkeit und Berechenbarkeit der Politik Helmut Schmidts hat der Bundesrepublik gerade auch in den USA zu hohem Ansehen verholfen, und zwar ungeachtet gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen Freunden, die etwas auf sich halten, immer geben wird. Herr Kohl hat also, wenn er nach Washington reist, ein gutes "Erbe" im Gepäck, das es zu bewahren gilt.

Freundschaft setzt Vertrauen voraus, und dazu gehört, daß man ausspricht, was ist. Der Bundeskanzler hat dieser Tage im Vorfeld seiner Amerika-Reise gegenüber TIME-Magazine auch über die Friedensbewegung in Deutschland gesprochen und dabei die Ansicht vertreten, daß es "so etwas" bei uns nicht gebe. Es handele sich vielmehr um "eine Summe von vielen individuellen Gruppen oder Individuen mit unterschiedlichen Zielsetzungen", darunter Menschen mit pazifistischer Grundeinstellung und solche, die einfach Angst hätten und deren Angst von anderen ausgebeutet werde, sowie eine dritte Gruppe, die er eine "Spielart der Krenlexperten" nannte.

Das ist eine verkürzte Sicht, mit der Herr Kohl allerdings auch in den USA auf Widerspruch stoßen dürfte. Dort ist man sich über die Tragweite der Friedensbewegungen in Europa



schon deshalb klar, weil man sich ihrer Entwicklung und ihrer Bedeutung im eigenen Land bewußt ist. Hier wie dort haben insbesondere die beiden christlichen Kirchen die Sorgen der Menschheit vor der Vernichtung durch sich selbst in großem Ernst aufgenommen und in bemerkenswerter Weise artikuliert.

Das sollte es verbieten, breite gesellschaftliche Bewegungen, die beiderseits des Atlantik hunderttausende Menschen auf die Beine bringen und nur wenige unberührt lassen, in ein Drei-Klassen-Schema pressen zu wollen. Es macht weder politisch noch moralisch Sinn, die in den Friedensbewegungen zum Ausdruck kommende Friedenssehnsucht um- oder gar wegdefinieren zu wollen. Worauf es ankommt, ist zu versuchen, diese Sehnsucht, die auch in Osteuropa immer stärker Wurzeln schlägt, in praktische und realistische Friedenspolitik umzusetzen.

Das gilt aus europäischer Sicht in allererster Linie mit Blick auf die Problematik der Mittelstreckenraketen. Verteidigungsminister Wörner hat soeben bei seinem Aufenthalt in den USA gesagt, daß diese Waffen in der Bundesrepublik stationiert würden, falls die Genfer Verhandlungen bis zum Herbst nicht zu einem Ergebnis kämen, daß aber anschließend weiter verhandelt werden könne, was einen Abbau der Raketen bei einem späteren Verhandlungserfolg wieder möglich mache. Diese Ansicht, die nur auf den ersten Blick plausibel erscheint, enthält ein bedenkliches Element.

Herr Wörner läuft nämlich Gefahr, den Konsens der im Bundestag vertretenen Parteien zu verlassen, daß es keinen Automatismus für die Stationierung der neuen Raketen in Westeuropa geben dürfe. Der NATO-Doppelbeschluß sieht ausdrücklich vor, daß der Bedarf an Nachrüstung "im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft" werden soll; wer den damit normierten Vorrang einer Verhandlungslösung vor der Nachrüstung in Frage stellt, der handelt nicht im deutschen und europäischen Interesse.

Ich gehe davon aus, daß Bundeskanzler Kohl ebenso wie wir dringend interessiert ist, alle gegebenen Chancen zu nutzen, um eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufs zu verhindern. Es wäre deshalb begrüßenswert, wenn er noch vor Antritt seiner Reise in die USA für Klarheit sorgte.

(-/10.11.1982/ks/va)

+ + +



Walesas Freilassung - das wäre ein Zeichen!

Zum Gründungstag der Gewerkschaft "Solidarität"

Von Dr. Peter Corterier MdB

Der 10. November ist für Polen und alle seine Freunde ein trauriger Tag. Am 10. November 1980 wurde die erste freie Gewerkschaft, die sich die polnischen Arbeiter nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen erkämpft haben, offiziell zugelassen. Nun ist die "Solidarität" schon seit über einem Monat offiziell verboten.

Nach ihrer Machtübernahme am 13. Dezember 1981 hatten die Militärs ihrem Volk, aber auch ausländischen Gesprächspartnern, darunter sozialdemokratischen Mitgliedern der sozial-liberalen Bundesregierung, zugesichert, daß sie bald zu einem Dialog mit der Gewerkschaft Solidarität zurückkehren wollten. Jetzt zeigt sich, daß von den Zusagen polnischer Generäle genauso wenig zu halten ist, wie von denen der türkischen Generäle, die die Macht in Ankara usurpiert haben. Statt Dialog gibt es für alle, die sich zu "Solidarität" bekennen, nur Drohungen mit Gewalt, Verhaftungen, Internierungen und Verlust des Arbeitsplatzes. So geht eine Regierung, die vorgibt, die Arbeiter zu vertreten, gegen die Arbeiter vor!

Trotz aller Drohungen und Verfolgungen von Arbeitern wird es den Generalen in Warschau auf die Dauer nicht möglich sein, die freie Gewerkschaftsbewegung in Polen zu unterdrücken. Die polnischen Arbeiter werden sich nicht mehr mit einer offiziellen Gewerkschaft, die lediglich der Transmissionsriemen für die Politik von Partei und Regierung ist, zufrieden geben. Wenn die polnische Regierung dies nicht erkennt, wenn sie nicht auf die Arbeiter und ihre legitimen Vertreter zugeht, wird eine Versöhnung des polnischen Volkes und eine Überwindung der katastrophalen Wirtschaftsprobleme Polens nicht möglich sein.

An diesem 10. November sind unsere Gedanken nicht nur bei den polnischen Arbeitern, sondern auch bei Lech Walesa. Wenn er jetzt endlich freigelassen würde, dann wäre dies die beste Möglichkeit für die polnische Regierung, ein Zeichen für eine bessere Entwicklung zu setzen. (-/10.11.1982/bgy/va)

+ + +



Nur Honeckers Wahlergebnisse sind schöner

Das Resultat der Referendums-Abstimmung in der Türkei

Von Peter Männing MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Der Wahlsonntag in der Türkei war ein schwarzer Tag für die europäische Demokratie. 92 Prozent der Abstimmungspflichtigen votierten für die neue Grundordnung, deren 176 Artikel von der übergroßen Zahl der Analphabeten nicht einmal gelesen werden konnten. Neun von zehn Türken stimmten für Ruhe und Ordnung, zumal Nichtbeteiligung an diesem Referendum den Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für fünf Jahre bedeutete.

Die Militärjunta in Ankara nutzte ihre Möglichkeit, Mord und Totschlag aus dem türkischen Alltag zu verbannen. Terror und Gewalt gegnerischer politischer Gruppierungen forderten schließlich kaum noch Opfer. Das positive Ergebnis des entschlossenen Durchgreifens der Generäle ist bei uns auch nicht übersehen worden. Aber der Preis - das Ersticken jeglicher freiheitlicher Regungen und der politischen Betätigung demokratischer Parteien - ist zu hoch für einen Staat, der als Bündnispartner eines Zusammenschlusses souveräner Staaten des Westens unablässig den Anspruch erhebt, als vollwertiges Mitglied der NATO und des Europarates anerkannt werden zu müssen.

- Wer von Kenan Evren höchstpersönlich mit dem Hinweis beruhigt wurde, die neue türkische Verfassung werde eine sachgerechte Mischung darstellen zwischen dem Grundrechtskatalog des deutschen Grundgesetzes und den straffen Vorzügen der französischen Präsidialverfassung;
- wer von Außenminister Ilter Türkmen seinerzeit besänftigt wurde, dem inzwischen zu zwei Gefängnisstrafen verurteilten Genossen Bülent Ecevit würde selbstverständlich kein Haar gekrümmt;
- wer dem Vorsitzenden der türkischen Schwesterpartei und Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale unter konspirativen Umständen einen Besuch abstatten mußte, um Grüße der deutschen Sozialdemokraten zu entrichten und ein Schreiben an Willy Brandt entgegenzunehmen, in dem Ecevit versicherte, hinsichtlich einer baldigen Besuchsreise in die Bundesrepublik Deutschland von den Militär-Autoritäten positive Gewißheit erhalten zu haben und stattdessen mit der nächsten grotesken Anklage überzogen wurde;
- wer bei mehreren Besuchen in Washington gegen den hartnäckigen Widerstand der "Griechen-Lobby" des Kongresses aus übergeordneten Bündnisgründen für die Aufhebung des US-Waffenembargos gegenüber der Türkei eintrat;
- wer seit zwei Jahren in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates trotzdem für einen Verbleib der türkischen Delegation votierte und am Ende unterlag,

der gelangt mehr und mehr zu der Überzeugung, daß irgendwo zwischen Bündnisinteresse und humaner Gesellschaftsordnung eine nicht überschreitbare Grenze verläuft.

Der Deutsche Bundestag hat selbst noch in jüngster Vergangenheit selbstlose Hilfe an die Türkei beschlossen. Die Ausschaltung unserer Kollegen in Ankara an jeglicher politischer Betätigung in den nächsten zehn Jahren verlangt nach einer Korrektur dieser Haltung. Es ist für uns eine Frage der Selbstachtung. (-/10.11.1982/bgy/ru)

+ + +



In den Sand gebaut

Der Sozialhaushalt verdient seinen Namen nicht

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Es wäre sicher Geschichtsklitterei, wenn man der alten Koalition im Nachhinein unterstellen wollte, alle auf sozialpolitischem Gebiet getroffenen Entscheidungen hätten sich durch Klarheit und Perspektive ausgezeichnet. Da ist reichlich häufig das Loch beim einen Leistungsträger durch einen Griff in die Kasse beim anderen ausgeglichen worden. Was aber der derzeitigen Rechtskoalition eingefallen ist, um die Sozialhaushalte auszugleichen, das schlägt dem Faß die Krone ins Ei - anders kann man die Verworrenheit nicht mehr beschreiben.

Beispiel Arbeitslosenversicherung: Um die horrenden Defizite der Bundosanstalt für Arbeit auszugleichen, werden die Zahlungen für Arbeitslose an die Rentenversicherung drastisch gesenkt, das führt bei der Rentenversicherung zu Einnahmeausfällen in Höhe von fünf Milliarden Mark, saniert aber die Nürnberger Kassen noch nicht. Also werden die Leistungen an Arbeitslose (besonders an Saisonarbeitslose) gekürzt, Rehabilitationsleistungen zurückgenommen und die Zuwendungen an Umsiedler bei Teilnahme an Sprachkursen zusammengestrichen. Das führt dann wieder zu Mehrbelastungen bei der Sozialhilfe, belastet aber den Bund nicht, sondern die Kommunen. Die gekürzten Leistungen schließlich werden durch eine Erhöhung der Beiträge auf nunmehr 4,6 Prozent ab dem 1. Januar 1983 "kompensiert".

Beispiel Rentenversicherung: Vom Einnahmeausfall wegen der geringen Beiträge für Arbeitslose ist schon gesprochen worden. Dieser finanzielle Aderlaß hätte für die Rentenkassen aber die mißliche Folge, daß 1983 bereits die Zahlungsunfähigkeit drohen würde. Also halbiert der Bund die Rentenerhöhung des Jahres 1983 durch die Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr und durch die Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungskosten mit einem Prozent. Da aber gleichzeitig der Bund seinen Zuschuß an die Rentenversicherung um 900 Millionen Mark kürzt, ist wiederum ein Loch entstanden, das auf die gesetzliche Krankenversicherung überwälzt wird, die 1983 für die Rentner verminderte Krankenversicherungsbeiträge erhält. 1,6 Milliarden bleiben so bei der Rentenversicherung und fehlen den Krankenkassen. In Wahrheit ist das mit dem Hin- und Her-Geschlebe noch ein bisserl spannender, aber man muß sich nicht jeden Rechenschritt merken.



Beispiel Krankenversicherung: Die Krankenkassen, durch den Bonner Federstrich um 1,6 Milliarden ärmer, sollen durch die Erhöhung der Rezeptblattgebühr, durch die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten bei Krankenhaus- und Kuraufenthalten, durch das Ausschließen der Bagatelleheilmittel aus den zu erstattenden Sachleistungen und durch Patienten-Strafaktionen à la sofortige Vorführung beim Vertrauensarzt et cetera wieder zu Kräften kommen. Außerdem erinnert man sich der bereits Gesetz gewordenen Versicherungspflichtigkeit der Zusatzrenten und meint, so die Einnahmeverluste voll auszugleichen. Allerdings: Einer bleibt bei dem Finanzgemauschel auf jeden Fall auf der Strecke. Die Versicherten nämlich, die bei sinkenden Beiträgen für die Rentner die höhere Last als Aktive mitzutragen haben.

Beispiel Unfallversicherung: Die Arbeitgeber werden durch die Halbierung der Unfallrenten-Erhöhung 1983 und in den folgenden Jahren kräftig entlastet, müssen aber durch die Verminderung der Beitragszuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit bei Schlechtwettergeld und Kurzarbeit einen Ausfall in etwa der gleichen Höhe hinnehmen.

Beispiel Sozialhilfe: Da der Sozialhilfe durch die Leistungskürzungen mit Sicherheit neue "Kunden" und damit auch neue Kosten ins Haus stehen, werden die Leistungen der Sozialhilfe durch die Anpassungspause von einem halben Jahr und durch die verminderte Erhöhung der Regelsätze gekürzt. Dagegen war die Kappung des Taschengeldes für Heimbewohner, im Vermittlungsausschuß ertrotzt und später wegen des Proteststurms der Öffentlichkeit wieder zurückgenommen, eine halbe soziale Wohltat.

Und so geht es weiter und so geht es fort. Die Unionsparteien, die sich in den letzten Jahren nicht laut genug gegen Beitragserhöhungen und Finanztransfers zwischen den einzelnen Sozialversicherungszweigen entrüsten konnten, tun nicht nur beides - sie tun beides hemmungslos. Von einem "Sündenfall" spricht der Bundesarbeitsminister angesichts dieses Kuddelmuddels, er sollte eher von einem "Sündenwasserfall" sprechen. Denn Norbert Blüm kann ja wohl nicht glauben, daß es sich um einen einmaligen Vorgang handeln wird. Wenn er selbst in naher Zukunft mit drei Millionen Arbeitslosen rechnet - wie er vor dem Parlament eingeräumt hat - dann stimmt sein ganzer Sozialhaushalt nicht mehr, und es muß weiter fröhlich das Defizit von einem Leistungsträger zum anderen jongliert werden. Umso mehr, da der Bundesfinanzminister auch noch eine Steuerreform für 1984 versprochen hat, die er mit weiß der Himmel was bezahlen will und weshalb er keinesfalls weitere Defizite in den Sozialhaushalten wird abdecken können.

(-/10.11.1982/ks/10)

+ + +



Sozialausschüsse im Gleichschritt

Blüms Anhänger sollen das Gehirn in der Garderobe abgeben

Von Jürgen Egert MdB

Auf Seite drei ganz vorn in der Sozialen Ordnung macht Lutz Esser - namens- und offenbar auch geistesverwandt mit dem Arbeitgeberpräsidenten von sich reden. Unter der Überschrift "In der falschen Solidarität" wird Gleichschritt für die Sozialausschüsse in der CDU befohlen. Wem die Augiasstallungen hinsichtlich der sozialdemokratischen Hinterlassenschaft zu platt und deftige Kehrphilosophien des neuen Arbeitsministers gemeingefährlich für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner erscheinen, wird aufgefordert sein Gehirn an der Garderobe abzugeben.

Uns soll Glauben gemacht werden, daß die christdemokratische Welt in Ordnung sei, Blüm tatsächlich alle Tassen im Spind hat. Schnell hudelet unser beflissener Redakteur darüber hinweg, daß die Rentner im Jahr 1983 erstmals wirklich einen Griff in ihren Geldbeutel erdulden müssen. 2,3 Prozent Erhöhung, das hat mit der Bruttoformel nun wirklich nichts mehr zu tun. Wenn unser eifriger Redakteur sie nicht angetastet sieht, will er sich als Sandmännchen versuchen.

Die Rentner werden sich die Augen wund reiben und derart tolldreiste Verdrehungen nicht ungestraft hinnehmen. Keine Alternative soll es angeblich zu der Politik von CDU/CSU und dem ständischen Rest der künftigen Wirtschaftspartei FDP geben. Tatsache ist, daß Kohl und sein Arbeitsminister es versäumen, Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Vorschläge der Gewerkschaften und der SPD liegen auf dem Tisch, man darf sich ihrer durchaus bedienen.

"Sicherheit und Beständigkeit in der Sozialpolitik werden mit den Maßnahmen der Regierung nicht geschwächt, sondern gestärkt." Dabei will Norbert Blüm der Notar sein. So will es unser Autor. Kein Wort davon, daß der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik, dem Sozialdarwinismus freien Lauf läßt. Der Schwache kommt dabei zu kurz. Das sind schon frühkapitalistische Flötentöne, Selbsthilfe soll gefördert werden.

Die Wirklichkeit wird sein, daß Sozialhilfeempfänger, Rentner, Arbeitslose, Arbeitnehmer die Folgen der Wirtschaftskrise allein bezahlen und damit nicht genug, auch noch sozialneidisch gegeneinander gehetzt werden sollen. Verlässliche Kriterien in den Beziehungen zwischen Staat und Sozialversicherung sollen geschaffen werden. Das ist für den Sonntag gut, im Alltag wird flugs geflickschustert. Fast tagtäglich kommen neue Finanzierungsüberlegungen auf den Tisch, unter anderem auch welche, gegen die man noch in seligen Oppositionszeiten eifrig gewettert hatte.

Die flexible Altersgrenze soll herabgesetzt werden. Der Haken dabei ist, weil auch dies Geld kostet, soll der Vorruhestandsrentner sich selbst zum Sozialhilfeempfänger machen, um dieser "christlich-liberalen Segnung" teilhaftig zu werden.

Wo dies nicht hinreicht, um Linie zu beschwören, wird der Knüppel gegen die Gewerkschaften geschwungen. Unverhohlen wird den DGB-Funktionären unterstellt, sie wüßten nicht was ihre Basis will. 62 Prozent Wickert für Lohnpause à la Blüm sind dafür Beleg genug.

Wer Preise und Löhne gleichzeitig einfriert, mag dafür Beifall bekommen. Einseitige Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen, der Rentner dagegen finden entschiedenen Widerstand. Die Hunderttausende bei den Kundgebungen des DGB sind Vorbote massiver sozialer Konflikte. Dies werden auch Schreibereien wie die von Herrn Esser nicht verdecken können. Die Arbeitnehmer in ihrer Mehrheit, aber auch die denkenden Sozialausschüßler lassen sich nicht für dumm verkaufen! (-/10.11.1982/ks/rs)

+ + +

